

# »Ein Schaden fürs Land«

**EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE** Wie bayerische Behörden den Cannabis-Anbau im Freistaat ausbremsen

**E**rdinc Tuncer, Enkel türkischer »Gastarbeiter«, geboren 1981 in München, raucht seit sechs Jahren medizinisches Cannabis. »Sativa Classic (Strawberry Ice)« steht auf seinem Rezept, »tgl. bis zu 1,25g (5x0,25g) // mit Verdampfer inhal.«

Tuncer leidet seit einem Bandscheibenvorfall unter chronischen Rückenschmerzen. Den Verdampfer bewahrt er, wenn er mit dem Auto unterwegs ist, im Staufach zwischen dem Fahrer- und dem Beifahrersitz auf, ein schwarzes, metallisches Gerät, es liegt kalt und schwer in der Hand. An einem windigen Dezembertag fährt Tuncer von München in ein Dorf in Oberbayern, eine halbe Stunde Fahrt. Er will dort Hanf anbauen. In einer Lagerhalle. Kiloweise.

Wenn die zuständige Behörde es ihm erlaubt.

Seit der Teillegalisierung von Cannabis im vergangenen Jahr darf man in Deutschland Vereine für gemeinschaftlichen Anbau und Weitergabe gründen. Mehrere Hundert Clubs haben seit Juli 2024 Lizenzen beantragt. Im Oktober fuhren Cannabis-Freunde in Niedersachsen die erste Ernte ein. Bayern hat noch keine Genehmigungen erteilt. 28 Anträge sind in der Prüfung. Ministerpräsident Markus Söder hat bereits im Februar 2024 deutlich gemacht, was er davon hält. Das neue Gesetz sei »ein Schaden fürs Land«, sagte er, man werde es »extremst restriktiv« anwenden: »Wir werden uns an allem beteiligen, was dieses Gesetz außer Kraft – oder verzögert – oder später – oder anders in Szene setzen lässt.«

Erdinc Tuncer erlebt seit Monaten, was das bedeutet.

Er parkt sein Auto am Rande eines abgeernteten Maisfelds, steigt in den Matsch, geht an drei Gänsen vorbei, an einem Gitterzaun entlang, zu einem weiß gestrichenen Gebäude mit Giebeldach. An der Eingangstür hängt ein schwarzes Schild: Cannabis Social Club Minga e. V.

Tuncer ist Gründungsvorstand. Das »Minga« im Vereinsnamen steht für München, allerdings sei es unrea-

**»Die Älteren verkauften an die Jüngeren. So läuft das nun mal, seit ewig.«**

listisch, sagt Tuncer, in der Landeshauptstadt gesetzeskonform eine Hanfplantage zu betreiben. Cannabis-Vereine müssen laut Gesetz mindestens 200 Meter von Schulen, Kindergärten, Spielplätzen, Jugendeinrichtungen entfernt sein. Die Verbotszonen sind auf einer digitalen Karte eingezeichnet. Sie heißt Bubatzkarte.

München ist auf der Bubatzkarte überwiegend rot. Seine Vereinsmitglieder, sagt Tuncer, seien gern bereit, für Anbau und Ernte aufs Land zu fahren. Er habe 146 zahlende Mitglieder, unter ihnen Ärzte, Polizisten, Bundeswehroffiziere. Etwa die Hälfte seien Frauen. Der Mitgliedsbeitrag liege bei 160 Euro im Jahr.

Das Problem sei nicht die Entfernung, sondern die Haltung der Landesregierung. »Der Kiffer ist an allem schuld«, sagt Tuncer, »so sehen sie uns. Der Kiffer ist gefährlich.«

Tuncer ging in München zur Hauptschule. Kiffen auf dem Schulhof sei in den Neunzigern Alltag gewesen, sagt er. »Die Älteren verkauften an die Jüngeren. So läuft das nun mal, seit ewig. Das konnte noch keine bayerische Behörde unterbinden.«

Auch er habe gekiffert. Habe Metzger gelernt. Auf Bürokaufmann um-

**Gründungsvorstand Tuncer (r.) mit Klubmitglied, Schlagzeile von sz.de**



Nach Teil-Legalisierung

**Erster Cannabisclub in Bayern abgelehnt**

geschult. Das Gefühl der Ausgrenzung kenne er nicht erst seit Söders Cannabis-Rede.

Er sei schwul, sagt Tuncer.

Er habe früher 180 Kilogramm gewogen. Habe sich den Magen verkleinern lassen.

Nun arbeitet Tuncer für eine große Maklerfirma. Er sei zufrieden mit seinem Leben, sagt er. Nur wolle er nicht mehr stigmatisiert werden.

Er inhaliert täglich. Zweimal am Vormittag, zweimal abends. Das mache die Rückenschmerzen erträglicher. Sein Apotheken-Cannabis koste ihn 700 Euro im Monat, sagt er. Die Krankenkasse weigere sich, die Kosten auch nur zum Teil zu übernehmen. Unter den Mitgliedern seines Vereins seien Krebspatienten in unterschiedlichen Stadien, ein Mensch mit Multipler Sklerose, drei Rollstuhlfahrer. »Wenn es der CSU um Suchtbekämpfung geht«, sagt Tuncer, »warum räumen sie nicht die Bierleichen von der Wiese?«

Die Lagerhalle, die sie angemietet haben, habe den Verein bereits 35.000 Euro gekostet, sagt Tuncer. Man habe alle Auflagen des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit erfüllt: Außenkameras, Innenkameras, Bewegungsmelder, Fenstergitter, Hygieneschleuse. Er habe sich für 900 Euro zum Präventionsberater ausbilden lassen.

Hinter einem spärlich eingerichteten Büro, geschützt durch eine weitere Tür, liegen drei leere, fensterlose Räume, jeweils etwa zwölf Quadratmeter groß. Hier würden sie gern jeden Monat 7,5 Kilogramm Cannabis ernten. Die Ernte wäre ausschließlich für die Mitglieder bestimmt, das Gesetz erlaubt 50 Gramm pro Mitglied im Monat. Gewinn darf der Verein nicht machen.

Das Landesamt brauchte fast fünf Monate, um ihren Antrag zu bearbeiten. Ende November 2024 kam der Bescheid. Der Verein erhalte keine Erlaubnis, stand darin. Um eine zu erhalten, müssten ausnahmslos alle Mitglieder nach dem Gesetz »aktiv« und »eigenhändig« am Anbau mitwirken. Genau das sieht die Satzung nicht vor. »Wäre auch merkwürdig«, sagt Tuncer, »Rollstuhlfahrer dazu zu zwingen.« Er wandte sich an den Behindertenbeauftragten der Staatsregierung. Ein Referent schrieb ihm zurück, man teile seine Bedenken.

»Es geht zwar ins Geld«, sagt Tuncer, »wir zahlen Miete, haben einen Hausmeister. Aber ich habe Energie. Ich habe Zeit. Das Gesetz ist nun mal auf unserer Seite.«

Timofey Neshitov